Info

Beförderungstermin kann kommen – Zusatzfinanzierung gesichert!

Neuer GdP-Vorstand im Gespräch mit der Ministeriumsleitung

Zu einem ersten Meinungsaustausch kamen der neue GdP-Vorsitzende Reinhold Schmitt und sein neu aufgestelltes Team mit Innenminister Stephan Toscani, Staatssekretär Georg Jungmann und Abteilungsleiter Wolfgang Klein zusammen.
In 90 Minuten konnten die jeweiligen Positionen sowohl grundsätzlich als auch im Speziellen dargestellt werden.

Hier die wesentlichen Ergebnisse:

- Minister Stephan Toscani weist auf die konstruktiven Gespräche der Vergangenheit hin, die aus seiner Sicht fortgeführt werden sollen. Die GdP wird hier ebenfalls Kontinuität wahren.
  Die Behandlung wichtiger Themen im Rahmen des „runden Tisches“ bleibt eine Selbstverständlichkeit. Das gilt insbesondere für die aktuell anstehenden landesspezifischen Regelungen für Besoldung und Versorgung, aber auch für die ins Auge gefasste Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Der bisherige Weg des ständigen, zielführenden Dialoges zwischen GdP und Politik dient mittlerweile zunehmend als Muster für eine ausgewogene Herangehensweise bei der Gestaltung der Zukunftsfähigkeit der Landesverwaltung insgesamt.
- Das Thema Schuldenbremse bleibt weiterhin Leitlinie der Landespolitik. Die Polizei hat ihren Beitrag zur Einhaltung dieses Verfassungsgebots bis zum Jahr 2020 erbracht. Das kann auch bedeuten, dass notwendige und sinnvolle Verbesserungen, z. B. im Zulagenwesen im Polizeibereich, möglich sind. Ebenso bestehen Gesprächsmöglichkeiten für eine bessere Bezahlung eines entlang der demografischen Entwicklung sich eher verkleinernden Personalkörpers, z. B. auch im Zusammenhang mit den künftigen Tarifverhandlungsergebnissen. Selbst das Gutachten, das PwC für die Haushaltsstrukturkommission erstellt hat, sieht ausdrücklich diese Option vor.
- Verhandlungsbereitschaft und Kompromissfähigkeit der GdP führten zum jetzt durch das Finanzministerium bestätigten Ziel: Der Generationenpakt ist gesichert, das Beförderungsbudget wird jährlich bis zum Ende der Legislaturperiode mit zusätzlichen 200.000 Euro ausgestattet. Dies erleichtert die bedarfsorientierte Planung und Realisierung der Beförderungstermine.
- In Sachen Neuorganisation der Polizei steht als Zieldatum für den Wirkbetrieb der 1. März 2012, wobei dieser Termin nicht auch schon für alle einzelnen Regelungsinhalte gelten kann.
- Zur Problematik der zu geringen Zahl von System- und Anwenderbetreuern (SAB) (erst 18 von 25 vereinbarten vorhanden) konnte die Hausleitung noch mal lösungsorientiert sensibilisiert werden.

Der Landesbezirksvorstand

Gewerkschaft der Polizei, Kaiserstr. 258, 66133 Saarbrücken

Fon: 0681 84124 10, Fax: - 15, www.gdp-saarland.de, gdp-saarland@gdp-online.de

20.01.2012